

Zuviel Ärger - zu wenig Wut!

Zwei Schritte vor und drei zurück - das Scheitern städtischer Privatisierung als Konfliktregulationsmodell

Privatisierungen treiben die Durchsetzung kapitalistischer Verwertungsprinzipien voran und verschärfen gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Sie dienen der Aushebelung einer kritischen Öffentlichkeit durch eine Verschiebung der Auseinandersetzung aus dem Bereich des Öffentlich-Politischen in die entpolitisierte Sphäre des privaten Eigentums, die heilige Kuh der bürgerlichen Gesellschaft.

Radikale Opposition statt Vereinnahmung!

Stadt und Politik sind für uns keine Partner, mit denen es etwas auszuhandeln gäbe, sondern die Verantwortlichen für eine Politik von Standortdenken und Marktradikalität auf der einen, von Ausgrenzung, Vertreibung und Repression auf der anderen Seite. Unsere Vorstellung von Stadt, von Teilhabe und Anwesenheit auf den Straßen, Grundversorgung und gesellschaftlicher Veränderung unterscheidet sich radikal von denen der etablierten Politik. Wir verweigern uns einer Logik der Standortinteressen, die das Soziale dem Ökonomischen unterordnet und auf Widerstände mit einer Zunahme von Repression und Mitwirkungspflichten reagiert.



Das Unternehmen Stadt zu Fall bringen!

Gleichzeitig begreifen wir uns politisch

weiterhin im Konfliktfeld mit der Stadt, da wir Privatisierungen als Variante von Konfliktregulierung und gesellschaftlicher Steuerung generell ablehnen. Der Verkauf öffentlicher Institutionen, Gebäude und Grundstücke dient in erster Linie der Deregulierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sowie der Ausweitung



von Kontrolle und Repression unter dem Feigenblatt des Schutzes von Privateigentum. In der Auseinandersetzung um das Recht auf Stadt und die Frage der Aneignung des öffentlichen Raumes werden wir auch in Zukunft weder den ökonomischen Standortinteressen der Stadt noch denen anderer Investoren nachgeben oder sonst wie Kreide fressen.

Eine Stadt ist (k)eine Marke!

Mag ja sein, dass Investoren und Stadt gerne hätten, dass sich in Münster die Uhren anders drehen und nun das gesamte Stadtzentrum zur gleichgeschalteten Konsummeile durchstrukturiert wird. Zu einem Ort, an dem noch mehr Freizeitindustrie angesiedelt und die Marke Münster aufgeblasen wird, bis sie vor Überheblichkeit platzt. Doch diese Entwicklung findet nicht ohne Widerstände statt. Hausbesetzungen gegen die Vertreibungen einkommensschwacher Mieter_innen in der Grevenener Straße, der Widerstand gegen den „Neuen Hafen“, der Kampf der Bewohner_innen in der Niederdingstraße, die einem

Stadionneubau weichen sollen, die Besetzungen für ein selbstverwaltetes Soziales Zentrum, die heutige Demonstration, die Proteste gegen das „Geradebügel“ aller unkontrollierten und subversiven Einrichtungen und Institutionen mittels Bullen und Ordnungsamt (Flohmarkt, Sperrmüll, Angriff auf die `Baracke`,...) oder die Bildungsstreikdemos um nur einige Felder zu nennen. Sie alle markieren politische Konflikte zwischen Stadt und Bewohner_innen, die sich weiterdrehen werden.

Für das Recht auf Stadt!

Dabei wird sich die hier grundsätzliche Frage nach einem Recht auf Stadt nicht im Rahmen von Runden Tischen oder durch Verfahren mit Bürgerbeteiligung beantworten lassen. Die städtischen Partizipationsangebote sind darauf gerichtet, den neoliberalen Umbau der Stadt zu optimieren und Zustimmung zu erzeugen. Sie suggerieren demokratische Mitbestimmung, die es in Wirklichkeit aufgrund der Rahmenbedingungen überhaupt nicht gibt und die auch gar nicht angestrebt wird. Ist das Ergebnis solcher Regulationsprozesse aus Sicht des Stadtrates und der Verwaltung positiv, dient es der Durchsetzung umstrittener Entscheidungen, ist es negativ, wird es eben übergangen. Alternativen zu der Ungerechtigkeit des Kapitalismus gibt es stattdessen nur außerhalb bestehender Sachzwangsdiskussionen und weichgeklopfter Symptomfrickelei. Die selbstbestimmte politische und kulturelle Praxis eines Projektes „Soziales Zentrum für Münster“ ist eine der vielen möglichen Antworten, an dieser "Systemlogik" zu kratzen. Denn mit einem autonomen „Sozialem Zentrum“ geht es uns nicht um die Schaffung oder den Erhalt von Nischen. Auch nicht darum, bestehende Konflikte zu befrieden, indem die allerschlimmsten Auswüchse ein wenig abgemildert werden, sondern ums Ganze.

Protestformen wie Hausbesetzungen sind kein Anachronismus, sondern auf der Höhe der Zeit. Dies hat zuletzt die Besetzung des Q8 am Mittelhafen oder das Freiraum-Wochenende in der Gebrüder-Grimm-Schule gezeigt. Wir

wünschen den Aktivistinnen beim Kampf für das „Soziale Zentrum Münster“ viel Erfolg bei zukünftigen Aktionen und Besetzungen und verstehen uns als Teil dieser Kämpfe. Die Auseinandersetzungen, die mit der Privatisierung und Gentrifizierung in Zeiten der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit einhergehen und zu Recht befürchtet werden, sind längst im Gange, lodern auf und tauchen wieder ab, um an anderen Stellen wieder sichtbar zu werden. Es geht dabei aus linksradikaler Perspektive nicht um einzelne Projekte oder Interessen, sondern um das kollektive Infrage stellen der herrschenden Werte, Normen und Besitzverhältnisse. Es geht darum, ein anderes Leben denk- und vorstellbar zu machen, Orientierungspunkte und Aussichtstürme zu besetzen, die radikale Kritik am Bestehenden und den Blick auf andere solidarische, kollektive (NICHT nationalistische!) und selbstverwaltete Verhältnisse möglich zu machen.



Wir werden weiterhin ein Störfaktor im kapitalistischen Normalbetrieb sein. Werden Orte der Intervention, des Aufruhrs und der Unruhe schaffen, besetzen und nutzen, rauschende Ballnächte feiern und das Leben auf uns regnen lassen.

Organisiert den lokalen Widerstand und werdet Teil globaler und sozialer Bewegungen!

Für den städtischen Flächenbrand um das Recht auf Stadt und ein Soziales Zentrum in Münster!